

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Susanne Fürst
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Ja zur Neutralität – Nein zum NATO-Beitritt!**

eingebraucht im Zuge der Debatte über die allfälligen Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich der Ernennung des neuen Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie zur aktuellen Situation betreffend Ukraine in der 145. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 8. März 2022

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist zu verurteilen und es muss alles unternommen werden, um zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beitragen zu können. Österreich hat eine erfolgreiche und jahrzehntelange Tradition, in schwierigen außenpolitischen Lagen zu vermitteln und einen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Wie sich zeigt, hat sich Österreich nunmehr an zahlreichen restriktiven Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine beteiligt.¹ Das Sanktionsregime gegen Russland wurde vom Prinzip der Einstimmigkeit getragen, Österreich hat dieses trotz seiner Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität mitgetragen.²

ÖVP und Grüne schicken Österreich – unter Außerachtlassung der österreichischen Neutralität – damit auf eine wirtschaftspolitische Geisterfahrt. Viele heimische Unternehmen sind in der Ukraine und in Russland aktiv, auch mit Produktionsstätten und Niederlassungen. In der Ukraine gibt es ca. 200 Niederlassungen österreichischer Unternehmen. In Russland sind rund 650 österreichische Unternehmen mit Niederlassungen vertreten. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen Österreichs in Russland 4,6 Mrd. Euro. Umgekehrt investiert Russland 21,4 Mrd. Euro in Österreich. Russland ist damit nach Deutschland der größte Investor in Österreich. Rund 500 russische Firmen sind in Österreich vertreten. Das zeigt die enorme wirtschaftliche Verbundenheit und ist ein weiterer wichtiger Grund, auf eine rasche Beendigung des Kriegs hinzuwirken.

Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden den momentanen Konflikt keineswegs lösen, aber sie treffen mit einem Bumerang-Effekt unsere eigene Wirtschaft und Versorgungslage. Insbesondere die Unterbindung von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa wird für den Energiesektor und die Energieversorgung der österreichischen Bevölkerung unkalkulierbare negative Folgen haben.

¹ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-ukraine-crisis/history-ukraine-crisis/>

² <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-sanktionen-russland-ukraine-103.html>

Von all dem unbeeindruckt, macht unsere Regierung bei einer Verschärfung der Sanktionen unkritisch mit und setzt auf Restriktionen wie Luftraumsperrungen für zivile russische Flugzeuge. Auf Sanktionen folgen Gegensanktionen. Die EU steuert damit auf einen offenen Konflikt mit Russland zu und Österreich ist Passagier. Die Vertreter Österreichs haben sich daher bei den weiteren Beratungen auf Ebene der Europäischen Union endlich auf die neutrale Position unseres Landes zu besinnen. Der Weg zurück zur Diplomatie darf nicht verbaut werden. Es muss für uns als neutrales zentraleuropäisches EU-Mitgliedsland ein Ziel sein, weiterhin eine vermittelnde Rolle zu spielen. Man muss einer friedlichen Lösung den Weg bahnen. Ansonsten droht die Situation in der Ukraine immer weiter militärisch zu eskalieren.

Österreich hat sich im Jahr 1955 zur immerwährenden Neutralität verpflichtet – eine Errungenschaft, auf die Österreich zu Recht stolz war. Umso mehr ist es mit großer Sorge zu betrachten, wie Österreichs Neutralität aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der EU und im Zuge des Ukraine-Konflikts untergraben wird. Ranghohe ÖVP-Vertreter denken bereits über deren Abschaffung nach.³ Die schwarz-grüne Regierung hat den Weg der Neutralität und des Vermittlers verlassen. Zum Schaden der großen Mehrheit der Österreicher, welche die Kriegstreiberei entschieden ablehnt und die Neutralität hochhält.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, an der immerwährenden Neutralität gemäß dem Neutralitätsgesetz festzuhalten, in deren Sinne auf EU-Ebene zu agieren und den Beitritt zu Militärbündnissen wie der NATO ausdrücklich auszuschließen.“


Bösch

ANGERER


Kaniak


FÜRST

Ammerbauer

³ https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6108127/NatoBeitritt_Wegen-russischem-Angriff_OeVP-stellt-Neutralitaet

